



**Uwe Schummer**  
Mitglied des Deutschen Bundestages

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73484

FAX: (030) 227 – 76992

E-Mail: [uwe.schummer@bundestag.de](mailto:uwe.schummer@bundestag.de)

Homepage: [www.uwe-schummer.de](http://www.uwe-schummer.de)

Berlin, 7. März 2008

**Anlässlich des Koalitionsantrags von CDU/CSU und SPD „Rahmenbedingungen für lebenslanges Lernen verbessern – Weiterbildung und Qualifizierung ausbauen und stärken“ erklärt der berufsbildungspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Uwe Schummer MdB:**

Deutschland hat weltweit die höchsten Patentanmeldungen. Die meisten Patente kommen von den Beschäftigten in den Unternehmen. Die Wirtschaft selbst berechnet den jährlichen Verlust an Aufträgen mit 18,5 Mrd. Euro, weil Stellen nicht qualifiziert besetzt werden. 75 Mrd. Euro kosten 3,5 Mio. Arbeitslose allein an nichtgezahlten Steuern, Sozialbeiträgen und notwendigen Leistungsausgaben.

Es wäre undenkbar, dass die arabischen Länder ihre Ölvorräte im Wüstensand versickern lassen oder die Südafrikaner ihre Goldnuggets in den Flussläufen nicht voll ausschöpfen. Unser Vermögen ist die Qualifikation und die Motivation der Menschen. Doch wir leisten uns 1,3 Mio. Schulabgänger bis 29 Jahre ohne eine berufliche Ausbildung. Sie sind nicht vom Himmel gefallen. Die große Koalition korrigiert, was in den letzten 15 Jahren falsch gelaufen ist.

Erstes parlamentarisches Werkstück ist der Beschluss „Neue Dynamik für den Ausbildungspakt“. Ausbildung sorgt für Weiterbildungsfähigkeit. Es gab konkrete Vereinbarungen zwischen Politik und Wirtschaft, eine verbesserte Berufsorientierung und Einstiegspraktika als Brücke in die duale Ausbildung. Mit 630.000 betrieblichen Ausbildungsplätzen haben wir heute einen Höchststand an Ausbildungsstartern seit 1992. Die jahrelange Erosion dualer Bildung in Deutschland wurde gestoppt.

Zur Weiterbildungsmotivation gehört die grenzüberschreitende Anerkennung und Verwertbarkeit der dualen Ausbildung im Europäischen Bildungsraum. Hiermit beschäftigt sich unser zweiter Antrag, der aktuell in einen Europäischen Qualifizierungsrahmen einfließt. Ein erster Erfolg ist, dass der Meisterbrief europaweit einem Hochschulabschluss gleichgestellt wurde.

**PRESSMITTEILUNG**

Das dritte parlamentarische Werkstück ist die Vermittlung der 382.000 Altbewerber in eine berufliche Ausbildung. Diesem Thema hat sich der Antrag „Junge Menschen fördern“ gewidmet. Neu ist der Ausbildungsbonus. Er wird dafür sorgen, dass nicht irgendwann, sondern zeitnah, jeder der will und kann, eine Berufsausbildung findet. Es ist besser, betriebliche Ausbildungsstrukturen zu nutzen als teure Parallelstrukturen aufzubauen oder zu warten, bis die Konjunktur das Thema löst.

Nun kommt der vierte Baustein, die Förderung des lebenslangen Lernens. Wir sehen einen Paradigmenwechsel in der Wirtschaft: Schluss mit der Dequalifizierung durch Frühverrentungen, Entlassungen und Billigstlöhnen. Arbeitnehmer sind nicht nur Kosten, sondern Aktivposten. Nach einer bundesweiten Online-Befragung der IHK-Organisationen wollen 9 von 10 Unternehmen in die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter investieren. Unser Ziel ist, bis 2015 eine Weiterbildungsquote in der formalisierten Weiterbildung der Erwerbstätigen von mindestens 50% und beim informellen Lernen von 80% zu erreichen.

Der Antrag zum lebenslangen Lernen will einen Finanzierungsmix. Dazu gehört eine Bildungsprämie als Direktzuschuss von 154 Euro für Arbeitnehmer mit geringem Einkommen. Höhere Einkommen können Weiterbildungskosten über den Pauschbetrag von 920 Euro steuerlich absetzen.

Die größte Hebelwirkung hat die Erweiterung des Vermögensbildungsgesetzes durch Prämie, Zinsen, Eigenanteil und Arbeitgeberanteil. Derzeit werden 6,7 Mio. Arbeitnehmer durch die Sparszulage gefördert. Sie sollen Guthaben vorzeitig für Bildungsmaßnahmen nutzen können. Die Kombination zwischen Bausparen und Bildungssparen oder auch mit dem Produktivsparen könnte bis zu 12 Mio. Arbeitnehmer erreichen.

Wir wollen Weiterbildungsdarlehen und Zeitkonten, die zeitverzinst für Familienphasen und für Qualifizierungszeiten genutzt werden. Wir ermuntern die Tarif- und Betriebsparteien diesen Weg zu gehen. Offenes Thema ist der Insolvenzschutz. Ein unbürokratischer Weg wäre eine Regelung analog der Pensionssicherung, die seit über 30 Jahren der Pensionssicherungsverein organisiert. Auch dies sollte das Thema einer Weiterbildungsallianz zwischen Bund, Ländern und Sozialpartnern sein.

Mit dem damaligen Arbeitsminister Hans Katzer hat die große Koalition 1967 das Arbeitsförderungsgesetz und das Berufsbildungsgesetz beschlossen. Damals ging es um 100.000 Arbeitslose, die wieder in Beschäftigung gebracht werden sollten. Heute geht es beim globalen Wettbewerb der Wissensgesellschaften um die permanente Weiterbildung von 40 Mio. Erwerbstätigen.

„Notwendig ist ein aufeinander abgestimmtes System von gründlicher Elementarbildung, berufsbezogener Grundschulung und berufsbegleitender Weiterbildung. Nicht Privilegien, sondern persönliche Leistungen legitimieren den beruflichen Aufstieg in der Sozialen Marktwirtschaft“, so Ludwig Erhard in seinem Manifest '72 und so auch die Leitlinien unserer Politik. Der Antrag ist nicht das Ende aller Wünsche und Hoffnungen. Er öffnet Türen in neue Räume, die wir weiter ausgestalten werden.